

## **Antrag**

**der Abgeordneten Franziska Grunwaldt, Jörg Hamann, Birgit Stöver,  
Ralf Niedmers, Dennis Gladiator (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Anreize statt Regulierung im Wohnungsneubau – Wiedereinführung der degressive Absetzung für Abnutzung (AfA)**

Der Mietwohnungsmarkt im bezahlbaren Bereich ist in Hamburg nach wie vor angespannt. Im Gegensatz zu der von Bürgermeister Olaf Scholz angekündigten flächendeckenden Einführung der Mietpreisbremse, die sich mit großer Sicherheit als Investitionsbremse erweisen wird, werden mit der Wiedereinführung der degressiven Absetzung für Abnutzung (AfA) wirkungsvolle Investitionsanreize für den Wohnungsneubau gesetzt. Die beste Mietpreisbremse ist weiterhin der Bau von ausreichend bezahlbarem Wohnraum.

Studien belegen, dass staatliche Investitionsanreize zu steigenden Zahlen der Erwerbstätigen führen und letztlich in Kombination mit steigenden Haushaltseinkommen und Konsum auch das Bruttoinlandsprodukt erhöhen. Zudem wirken sich die zunächst anfallenden Steuermindereinnahmen dennoch im Saldo positiv für die öffentlichen Haushalte aus.

Um Fehlförderungen zu vermeiden, ist die degressive AfA auf Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten zu beschränken.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für die Wiedereinführung der degressiven AfA für den Wohnungsneubau unter Beachtung nachstehender Punkte einzusetzen:
  - a. Die Möglichkeit der degressiven AfA ist auf Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten zu beschränken.
  - b. Höhe und Staffelung müssen wirksame Impulse für Wohnungsbauinvestitionen geben.
  - c. Das Gesetz ist nach fünf Jahren zu evaluieren.
2. der Bürgerschaft bis zum 01.08.2015 über das Ergebnis beziehungsweise den Umsetzungsstand zu berichten.